

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

**Article — Digitized Version**

## Kurz kommentiert: Mehrwertsteuer - Dienstleistungsabend - EG-Gipfel - Ölmarkt - UdSSR

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1987) : Kurz kommentiert: Mehrwertsteuer - Dienstleistungsabend - EG-Gipfel - Ölmarkt - UdSSR, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 67, Iss. 7, pp. 325-326

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136293>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

---

## Mehrwertsteuer Europäisches Alibi

---

Nach der Ankündigung Bundesfinanzministers Stoltenbergs, die Finanzierungsmöglichkeiten der geplanten Einkommensteuerreform noch bis zur endgültigen Entscheidung im kommenden Herbst zu klären, ist abzusehen, daß die von Ministerpräsident Strauß unter Hinweis auf die EG-Steuerharmonisierung angedeutete Mehrwertsteuererhöhung einen Eckpfeiler der Steuerdebatte bilden wird. Zwar ist sich die Mehrzahl der Fachleute darin einig, daß die bis 1990 vorgesehenen Steuerensenkungen aus wachstumspolitischen Gründen dringend erforderlich sind und aus konjunkturpolitischen Gründen eher noch zeitlich vorzuziehen wären. Konsens besteht auch darüber, daß als ein entscheidender Schritt der Abbau von Steuervergünstigungen und Subventionen zu folgen hat. Es zeichnet sich indessen ab, daß die Politiker diesen zweiten Schritt nur zaghaft oder überhaupt nicht vollziehen werden. Im Gegenteil ist zu befürchten, daß ein nicht unerheblicher Teil der durch die Einkommensteuersenkung zu erwartenden Einnahmeausfälle durch die Erhöhung spezifischer Verbrauchsteuern sowie der Mehrwertsteuer kompensiert werden sollen.

Im Falle einer Mehrwertsteueranhebung von jetzt 14 auf 16 % würde ein wichtiges Ziel der Einkommensteuersenkung, nämlich Wachstumsimpulse freizusetzen, konterkariert. Zusätzlich wachsen würde in diesem Falle nur die Schattenwirtschaft. Fragwürdig wäre zudem, daß dann gerade die Bürger am unteren Ende der Einkommensskala mehr statt weniger Steuern zahlen müßten. Der Hinweis auf die geplante Harmonisierung der Verbrauch- und Mehrwertsteuersätze im Rahmen der EG kann in diesem Zusammenhang nur als Alibi gewertet werden, denn erstens zählen die Bundesbürger im internationalen Vergleich bereits heute zur Spitzengruppe der mit Steuern und Abgaben Belasteten, und zweitens müssen auch in der EG die wachstumspolitisch kontraproduktiven Subventionen eingedämmt werden. hn

---

## Dienstleistungsabend Erhebliche Widerstände

---

Seit der letzten Regierungsbildung bestehen jetzt erstmals Chancen für eine gewisse Liberalisierung des La-

denschlußgesetzes. CDU/CSU und FDP waren übereingekommen, daß es den Einzelhändlern an einem Abend in der Woche gestattet sein sollte, ihre Geschäfte länger offen zu halten. Um die recht geringe Liberalisierung etwas größer erscheinen zu lassen, wurde dies als Dienstleistungsabend etikettiert: Auch Banken und Behörden sollten an diesem Tag länger geöffnet bleiben. Die Regierung kann und soll aber nicht dekretieren, daß politisch gewünschte längere Öffnungszeiten auch zustande kommen. Diese Entscheidung bleibt selbstverständlich bei den Einzelhändlern, Banken und Kommunen.

Während die Einzelhändler sich nicht mehr ganz so ablehnend wie bisher geben, sind bei den Banken und Kommunen nur zaghafte Ansätze in diese Richtung zu erkennen. Gegen spätere Ladenschlußzeiten sind allemal die Gewerkschaften. Ihnen kommt bei der Realisierung längerer oder auch nur verschobener Öffnungszeiten eine Schlüsselrolle zu, denn solche Veränderungen sind mitbestimmungspflichtig. Selbst wenn also die Koalitionsvereinbarung verwirklicht werden sollte, was keineswegs ausgemacht erscheint, wird das Ausmaß, in dem sie den Kunden zugute kommt, auch vom Verhalten der Betriebsräte abhängig sein. Und von diesen haben viele schon energischen Widerstand angekündigt.

Über all diesen Schwierigkeiten bei der Durchsetzung einer so geringen Liberalisierung des Ladenschlußgesetzes sollte allerdings das Grundlegende nicht vergessen werden: Es gehört einfach nicht zu den Aufgaben eines freiheitlichen Staates, seinen Bürgern vorzuschreiben, wann sie einzukaufen haben. kra

---

## EG-Gipfel Druck der leeren Kassen

---

Es war wie auf den meisten Gipfeltreffen der Europäischen Gemeinschaft in den letzten Jahren: Statt sich auf die großen Aufgaben einer Fortentwicklung der Gemeinschaft zu konzentrieren, verzetteln sich die Staats- und Regierungschefs zusehends in der Lösung tagespolitischer Aufgaben. Agrarpolitische Streitigkeiten beherrschten den Brüsseler Gipfel. Nicht zuletzt unter dem Diktat der Zeit – das neue Agrarjahr beginnt am 1. Juli – konnte das zwischen Frankreich und der Bundesrepublik konfliktträchtige Problem des Währungsausgleichs gelöst und damit die entscheidenden Elemente des Agrarpreispaketes – das Einfrieren der wichtigsten Preise bei gleichzeitiger Verschärfung der Interventi-

tionskonditionen – verabschiedet werden. Der Abbau der verbraucherfeindlichen deutschen Währungsausgleichsbeträge bringt zwar Einkommenseinbußen für die deutschen Bauern mit sich. Diese werden aber aus der nationalen Subventionskasse entschädigt. Ein Traum für andere „aufwertungsgeschädigte“ Branchen!

In der entscheidenden Frage der künftigen Finanzierung der Gemeinschaft kam es zu keiner Einigung, weil Großbritannien die entwickelten Finanzierungsleitlinien u. a. zu vage im Hinblick auf die notwendige Kürzung der Agrarausgaben sind. Die Regierung Thatcher will erst nach weitgehender Reform der Agrarpolitik und nach Ausschöpfung aller Einsparungsmöglichkeiten der EG mehr Mittel gewähren. Eine durchaus einleuchtende Argumentation, getragen von der Erkenntnis, daß ohne den Druck der leeren Kassen als Disziplinierungsinstrument die Agrarreform nicht möglich ist. Kritisch äußerte in diesem Zusammenhang der italienische Außenminister, daß Frau Thatcher „noch keinen Zugang zur Philosophie der Gemeinschaft gefunden habe“. Ein Glücksfall für die Gemeinschaft! kr

---

### Ölmarkt Labiles Gleichgewicht

---

Nachdem die OPEC zu Beginn dieses Jahres allein mit der Ankündigung, Rohöl zu 18 \$ je Barrel exportieren zu wollen, eine entsprechende Erhöhung der Notierungen an den Ölmärkten durchsetzte, spricht kaum noch jemand vom Ende der Organisation. Anders als vor einem Jahr, als die Ölpreise nur etwa halb so hoch waren, traut man der OPEC jetzt zu, daß sie das Ölangebot knapp halten kann. So wurde offenbar auch die Entscheidung der Konferenz im Juni, das Förderziel bei unveränderten Verkaufspreisen in der zweiten Jahreshälfte nur wenig anzuheben und dabei auf die ursprünglich geplante Erhöhung im vierten Quartal zu verzichten, ernst genommen.

Die relative Ruhe an den Ölmärkten seit dem Frühjahr sollte allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Gleichgewicht labil ist. Zwar hat die OPEC im ersten Halbjahr ihr Förderziel insgesamt nur wenig überschritten. Möglich war dies aber nur dadurch, daß Saudi-Arabien wieder einmal die Überproduktion einzelner anderer Mitgliedsländer durch zeitweilige Einschränkungen seiner Förderung ausglich. Bereits im Juni lag jedoch die OPEC-Produktion deutlich über dem gemeinsamen Förderziel. Offenbar war aber auch die Nachfrage höher als erwartet. Wie lange dies so bleibt, hängt bei der ge-

ringen Zunahme des Ölverbrauchs vor allem von Lagerdispositionen ab. Wenn die jüngste Tendenz zur Überschreitung der Produktionsquoten anhielte, würden Zweifel an der Dauerhaftigkeit der gegenwärtigen Ölpreise bald die Bereitschaft zur Vorratshaltung dämpfen. Es ist fraglich, ob bei einem solchen Wandel der Markttendenz die Disziplin in der OPEC rasch genug gestärkt werden könnte. Die Bereitschaft Saudi-Arabiens, erneut die Hauptlast zu tragen, kann jedenfalls angesichts zunehmender Finanzierungsprobleme auch dieses Landes nicht als selbstverständlich gelten. ma

---

### UdSSR Ungelöste Probleme

---

Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Umgestaltung der sowjetischen Wirtschaft ist getan: Das Gesetz über die Staatsbetriebe, das Ende Juni durch den Obersten Sowjet verabschiedet wurde und Anfang nächsten Jahres in Kraft treten soll, sieht für die sowjetischen Staatsbetriebe mehr Selbständigkeit und Eigenverantwortung vor. Künftig sollen alle Betriebe zur Selbstfinanzierung durch Eigenmittel und Bankkredite übergehen, wobei auch die Stilllegung unrentabler Betriebe kein Tabu mehr bleiben soll. Statt detaillierter Planvorgaben werden den Betrieben langfristige „ökonomische Normative“ vorgegeben. Abgesehen von den staatlichen Produktionsaufträgen, deren Umfang zugunsten direkter Verträge zwischen Produzenten und Abnehmern verringert werden soll, können die Betriebe zukünftig über Produktion und Absatz selbständig entscheiden.

Die Durchführung der Reform ist mit einer Fülle von noch ungelösten Fragen verbunden. Erhebliche Probleme resultieren dabei fraglos aus dem bisher praktisch nicht vorhandenen Wettbewerb zwischen den Betrieben. Die Monopolstellung vieler Großbetriebe würde ihre Stilllegung erschweren, da die damit verbundenen Produktionsausfälle zu verhängnisvollen Versorgungslücken führen könnten. Die Durchsetzung einer unumgänglichen Preisreform, in deren Folge Subventionen abgebaut würden und die Preisbildung vermehrt den Betrieben überlassen würde, könnte darüber hinaus bei zunächst noch unzureichenden Konkurrenzbeziehungen zu steigenden Preisen und damit zur Gefährdung des Lebensstandards führen. Die Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Reformen in die Praxis hat Gorbatschow zwar erkannt. Doch die Zeit drängt, denn die Bevölkerung ist angesichts der anspruchsvollen Beschlüsse nicht bereit, allzu lange auf positive Ergebnisse zu warten. sr